

Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

22. August 2023

Nr. 2023-477 R-270-21 Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zum Zusatzkredit Microsoft Enterprise Agreement 2021 bis 2023

Gestützt auf Artikel 50 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Uri (FHV; RB 3.2111) unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat Nachtragskreditbegehren zum Budget 2023 zur Genehmigung.

I. Zusatzkredit zum Microsoft Enterprise Agreement 2021 bis 2023

Die Microsoft-Plattform hat in der Kantonalen Verwaltung Uri seit dem Jahr 2008 eine strategische Bedeutung. Am 19. Mai 2009 hat der Landrat erstmalig zu einem Verpflichtungskredit für die Microsoft-Lizensierung zugestimmt. Mit dem Regierungsratsbeschluss Nr. 2021-96 R-362-28 vom 23. Februar 2021 wurde letztmals die Verlängerung der Microsoft-Lizenzen in einem Enterprise Agreement (EA) um weitere drei Jahre bis Ende Juni 2024 beschlossen. Ein EA kann maximal auf drei Jahre abgeschlossen werden und muss danach erneut offeriert und beantragt werden. Der Verpflichtungskredit betrug damals 720'000 Franken.

In einem EA werden grundsätzlich alle wichtigen Microsoft-Produkte über eine mehrjährige Vertragsdauer lizenziert und mittels einer jährlichen Gebühr abgegolten. Während der vereinbarten Vertragsdauer sind alle Folgeversionen der vereinbarten Produkte (Up-/Downgrade-Recht) in der Gebühr inbegriffen. Es geht nicht um die Neubeschaffung von Software, sondern um die Wartung und das laufende Upgrade-Recht in Bezug auf bestehende Software. Im EA sind alle wichtigen Microsoft-Produkte enthalten, die im Kanton Uri eingesetzt werden. Dazu gehören sämtliche Office-Komponenten, die Client- und Server-Komponenten von Windows, Exchange, SharePoint, Teams, SQL, System Center (Softwareverteilung), Project, Visio und weitere Apps/Produkte. In den letzten Jahren zeigte sich im Markt eine zunehmende Tendenz Richtung Cloudprodukten was seitens Microsoft mit neuen Produkten wie Teams, OneDrive, Forms, OneNote, Planner und neuen Lizenzierungsmodellen ebenfalls stark gefördert wurde. Für die kantonale Verwaltung bedeutet dies einerseits den Umstieg von Arbeitsplatz/Desktop- zu Userlizenzierung und andererseits die Lizenzierung von Office365-Vollversionen im Vergleich zu den alten funktional eingeschränkteren Office-Standard 2016 Versionen. Die Version Office 2019 wurde nicht eingeführt. Bis zum Umstieg auf die neue Office-365-Vollversion wurden durch das «Einfrieren» der bisherigen Version 2016 Lizenzkosten gespart. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten Lizenzen für die Videokonferenzlösung Teams für 220 Anwenderinnen und An-

wender von Microsoft dazugekauft werden. Das Kantons-Extranet für die Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern wurde auf SharePoint-Online für 200 Anwenderinnen/Anwender und Userinnen/User lizenziert. Die Umstellung auf das neue Office365 erfolgte schrittweise und nach Bedarf der Direktionen, um möglichst lange von der günstigeren «eingefrorenen» bisherigen Version zu profitieren. Aus sicherheitstechnischen Gründen müssen die gemeinsamen genutzten User wie Schalter1 oder Praktikant2 abgeschafft werden, was zu zusätzlichen «named User» führt. Infolge der Userlizenzierung muss beispielhaft eine Mitarbeitende mit einem 20-Prozent-Pensum lizentechnisch wie ein 100-Prozent-Pensum behandelt werden. Mit dieser schrittweisen Erhöhung der Userzahlen bis zur maximalen Anzahl unserer Mitarbeitenden/Accounts erhöhten sich dementsprechend die EA-Kosten. Zusätzlich kommen neue Anwenderinnen und Anwender von im Amt für Informatik gehosteten Gemeinden dazu. Diese Lizenzen werden jedoch den Gemeinden weiterverrechnet und auf einem anderen Konto gutgeschrieben.

Mit dem Projekt «Ablösung UriCenter auf Sharepoint 2013» per Ende August 2023 mussten die Benutzerlizenzen ungefähr ein Jahr früher beschafft werden, als im Jahr 2021 geplant wurde. Das neue Lizenzmodell von Microsoft rechnet monatsgenau nach Nutzung ab, was damit ebenfalls zu Mehrkosten führte.

Mit den ab Oktober 2022 aufgetretenen Telefonieproblemen mit der alten Xphone-Lösung musste schnell auf eine zukunftssträchtige Telefonielösung, namentlich auf Microsoft-Teams-Call-Anwendung, umgestellt werden. Die dazu notwendigen Lizenzen wurden am günstigsten mit Ergänzungsbeschaffungen im Rahmen des bestehenden EA-Vertrags gelöst.

Zusammenfassung der Zusatzkosten:

• Telefonie-Lizenzen Teams-Call	70'000 Franken
• O365- plus EMS-E3 Lizenzen	120'000 Franken
- Corona-Videokonferenzlizenzen und Cloud-Extranet	
- Ablösung UriCenter Lizenzvorbezug um ein Jahr	
- Zusätzliche Userlizenzen (80 named user)	
• Visio neu Cloud-Lizenzen	8'000 Franken
• Datenbank SQL-Server Wachstum an Anwendungen	12'000 Franken
• neue Datenzenter-Server ab Juli 2023 Offerte ausstehend	25'000 Franken
• Sicherheitslösung Endpoint Defender 2. Jahreshälfte 2023	30'000 Franken
• zusätzliche Office-Anbindung für BD-Werkhofmitarbeitende	45'000 Franken
Total Zusatzkosten	310'000 Franken

Damit die kantonale Verwaltung gegenüber von Microsoft legal lizenziert ist, ist die Genehmigung des Zusatzkredits erforderlich.

Zusatzkredit

Gemäss Artikel 46 der FHV unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat einen Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit «Microsoft Enterprise Agreement 2021 bis 2023» in der Höhe von 310'000 Franken.

II. Antrag

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit «Microsoft Enterprise Agreement Juli 2021 bis Juni 2024» in der Höhe von 310'000 Franken wird bewilligt.